



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie  
am 18. März 2025  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

Die Vorsitzende:

Stv. Küpper

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil):** 17:04 Uhr

**Ende:** 19:13 Uhr

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten (DL Nrn. 04/25 NÖ, 05/25, 06/25, 06/25 NÖ).

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt

Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Anwesenheit:

Stv. Schmitt wird bis 18:20 (TOP I/3) durch Stv. Sand vertreten

Stv. Röck-Knüttel anwesend ab 17:10 (Abstimmung TO II und III)

Stv. Wardak anwesend ab 17:28 (TOP I/2) bis 19:07 (TOP I/5)

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Tagesordnung vom 13.03.2025.

## Öffentliche Sitzung

### Tagesordnung I

#### 0017 Tagesordnung

Tagesordnungspunkt I/4 wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Die CDU-Fraktion und die Fraktion Die Linke geben Protokollnotizen zur Tagesordnung II ab.

Die Fraktion FWG-Pro Auto gibt zur Tagesordnung II mündlich eine Protokollnotiz zum Abstimmverhalten ab.

Stv. Maritzen nimmt gemäß § 25 HGO (Widerstreit der Interessen) zu den Tagesordnungspunkten II/4 und II/5 nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Es erfolgt zuerst die Beschlussfassung zur Tagesordnung II (Punkte 1 bis 6) sowie zur Tagesordnung III (Punkt 1)

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig genehmigt

#### 0018 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2025

Einstimmig genehmigt

#### 0019 25-F-22-0022

Eindämmung der Waschbärenpopulation

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 12.03.2025 -

Die mündlichen Ausführungen von Herrn Fink (Ordnungsamt), Frau Bürgermeisterin Hinnerger sowie die Präsentation von Herrn Dr. Friedrich (Umweltamt) werden zur Kenntnis genommen.

Stv. Schwalbach teilt mit, dass Ziffer 3, Satz 2 durch Aussprache erledigt ist.

Stv. Röck-Knüttel teilt mit, dass der Antrag bis auf die Punkte 1 d), Ziffern 3 und 4 durch Aussprache erledigt ist.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Bachmann bittet darum, dem Ausschuss eine wissenschaftliche Quelle zu nennen, wo nachgewiesen wurde, dass ein Mehrabschuss bei Waschbären zu einer „Mehrproduktion“ führt.

Stv. Weber schlägt vor, zu dem Thema „Eindämmung der Waschbärpopulation“ Fachexperten einzuladen.

Stv. Tsiridis weist darauf hin, dass Ziffer 1 d) noch nicht beantwortet wurde.

Stv. Kraft schlägt vor den Antrag als eingebracht zu betrachten und zur nächsten Sitzung wieder aufzurufen.

Nach Diskussion im Ausschuss wird folgender Beschlussfassung zur Abstimmung gestellt:

1. Der Antrag gilt als eingebracht.
2. Der Magistrat wird gebeten, zur nächsten Sitzung am 06.05.2025 eine/n Jäger/in sowie eine/n Fachexpertin/en einzuladen, die zu den Möglichkeiten zur Eindämmung der Waschbärpopulation berichten können.

Bei Enthaltung FDP angenommen.

**0020 25-F-63-0016**

Weniger Tauben durch mehr Taubenschläge

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 12.03.2025 -

Frau Eis und Frau Lemke-Schmehl (beide Stadttaubenhilfe Mainz-Wiesbaden e. V.) wird mit dem Beschluss zur Tagesordnung als sachkundigen Bürgerinnen einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Die mündlichen Ausführungen von Frau Eis, Frau Lemke-Schmehl und von Herrn Fink (Ordnungsamt) werden zur Kenntnis genommen.

Stv. Bachmann gibt zu Protokoll, dass er dem Antrag zustimmt bis auf den letzten Satz unter Ziffer 1 „Eine Ablehnung der Standorte ist plausibel zu begründen.“

Einstimmig angenommen - Mit Ausnahme der Protokollnotiz von Stv. Bachmann

**0021 25-F-55-0001**

Fluglärmgutachten Airfield Erbenheim präsentieren

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 11.03.2025 -

Mit dem Beschluss zur Tagesordnung wird der Antrag auf die nächste Sitzung verschoben.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0022 24-F-63-0052**

Kommunale Biodiversitätsstrategie

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 19.06.2024 -
- Beschluss Nr. 43 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 25.06.2024 -
- Mündlicher Bericht zum aktuellen Sachstand -

Die Präsentation von Herrn Dr. Friedrich (Umweltamt) und die mündlichen Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Hinninger zum aktuellen Sachstand werden zur Kenntnis

Dr. Friedrich informiert, dass der nächste Bericht zum Sachstand dann vermutlich im Frühjahr 2026 erfolgen wird.

Kenntnisnahme

**0023 25-V-36-0004**

Klimabudget 2021 - 2024

Gegen AfD bei Enthaltung CDU, FDP und FWG/Pro Auto angenommen.

**0024 Verschiedenes**

Kenntnisnahme

## Tagesordnung II

**0025 24-F-22-0008**

Asiatische Tigermücke

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 07.05.2024 -
- Bericht des Dezernates II vom 04.02.2025 -

Einstimmig

**0026 24-F-63-0028**

Invasive Krebsarten in Wiesbadens Gewässern

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 02.05.2024 -
- Bericht des Dezernates II vom 17.01.2025 -

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0027 25-F-63-0004

Restmüllverbot für Altkleider

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 22.01.2025 -  
- Bericht des Dezernates V vom 03.03.2025 -

Einstimmig

**Protokollnotiz der Fraktion die Linke zu den Beschlussnummern 0028 (25-V-61-0002) und 0029 (25-V-61-0003):**

Die Linke Stadtfraktion stimmt mit NEIN zu den Vorlagen 25-V-61-0002 & 25-V-61-0003.

Die Fraktion Linke lehnt die Sitzungsvorlagen BKA/Ostfeld zum weiteren Vorgehen im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Ostfeld ab.

Unsere Ablehnung basiert auf gravierenden Bedenken in mehreren zentralen umweltpolitischen Bereichen:

#### **1. Klimaschutz:**

Die vorliegenden Planungen ignorieren inakzeptabler Weise die **klimaökologische Bedeutung des Ostfeldgebietes**. Mehrere Quellen (bekannt) belegen, dass es sich um **klimaaktive Flächen handelt, die maßgeblich zur nächtlichen Kaltluftproduktion beitragen und für die Belüftung der umliegenden Stadtgebiete unerlässlich sind**. Die geplante Bebauung würde zu einem **Verlust dieser wichtigen Flächen, einer Erhöhung der thermischen Belastung und einer Verschlechterung des Kaltluftabflusses führen**, was angesichts des fortschreitenden Klimawandels nach Auffassung der Linken **nicht zu verantworten ist**.

Obwohl mehrere Klimagutachten existieren, ist **unklar, inwieweit die Siegerentwürfe tatsächlich auf Grundlage des klimaökologischen Leitbildes bewertet wurden**.

Die pauschale Aussage in SV 25-V-61-0001, die klimatischen Anforderungen seien sehr gut erfüllt, **entbehrt ohne Vorlage entsprechender Expert\*innen-Stellungnahmen jeder Grundlage**.

Zudem **fehlt eine detaillierte Klimamodellierung für den BKA-Standort**, die auch die Auswirkungen auf die angrenzenden Stadtteile berücksichtigt. Es ist **inakzeptabel, weitreichende Planungen voranzutreiben, ohne die konkreten klimaökologischen Folgen fundiert bewertet zu haben**.

#### **2. Bodenschutz:**

Die Planungen gehen mit einem **erheblichen Flächenverbrauch und einer fortschreitenden Bodenversiegelung einher**, deren genauer Umfang für das Stadtquartier noch nicht einmal beziffert ist. Es ist **völlig unklar, welche Bodengüte betroffen ist und wie der notwendige flächengleiche Ausgleich konkret erfolgen soll**. Der Schutz des Bodens als **nicht erneuerbare Ressource** muss jedoch höchste Priorität haben.

#### **3. Nicht nachgewiesene Notwendigkeit und Priorisierung des BKA:**

Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier eine **unzulässige Priorisierung des BKA-Neubaus auf Kosten einer ganzheitlichen und nachhaltigen Entwicklung des Ostfelds erfolgt**.

Die **Notwendigkeit, Teilprojekte im Rahmen des SEM Ostfeld Satzungsbeschlusses vorzuziehen, ist nicht hinreichend dargelegt**.

Solange keine umfassende Bewertung des Gesamtprojektes unter Berücksichtigung aller Nachhaltigkeitskriterien durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgt ist, **lehnen wir die Bearbeitung von Einzelvorhaben ab**.... Zudem ist die **Reduzierung des B-Plan Gebiets auf das zwingend notwendige Maß gemäß BauGB nicht erkennbar**.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

#### 4. Fluglärm:

Die Fluglärmproblematik ist unzureichend/nicht geklärt.

In der öffentlichen Sondersitzung des **Ortsbeirates Erbenheim** am 25. Februar 2025 rund um den geplanten BKA-Standort wurde auch die Behauptung geäußert, dass dem **Stadtplanungsamt keine Unterlagen über Flugrouten** vorliegen, die den geplanten BKA Campus betreffen (siehe auch Wiesbadener Kurier vom 27. Februar 2025)

In Abstimmung mit dem Fluglärmexperten Michael Dirting, Flugkapitän a.D. hat der Unterzeichner dem Stadtplanungsamt Unterlagen übermittelt, die **Überschneidungen** zwischen den regulären Überflugrouten und dem geplanten BKA-Gelände **nachweisen**.

Die Unterlagen belegen eindeutig, dass es zu Überschneidungen im Überflug über dem geplanten BKA-Standort kommt.

Die erbetene **Stellungnahme liegt bislang nicht vor**.

Zudem wird das vom HMVWV vorgelegte Fluglärmgutachten in Gänze infrage gestellt.

**Darüber hinaus erachten wir folgende Punkte als kritisch:**

Die **unzureichende Berücksichtigung der Nachhaltigkeitskriterien** in der Bewertung der Siegerentwürfe durch das Preisgericht.

Die **offene Frage der Schienenanbindung des Stadtquartiers** und die **ungeklärte Verkehrsanbindung über die B 455** sowie die damit verbundenen **steigenden Verkehrsbelastungen für Erbenheim**

Die **unklaren finanziellen Folgen für die Stadt** und die Notwendigkeit einer **differenzierten Kosten- und Finanzierungsübersicht für den BKA-Standort**.

Die **fehlende Klärung der Kosten für notwendige Ausgleichsmaßnahmen und deren langfristige Finanzierung**.

Angesichts dieser schwerwiegenden Bedenken in den Bereichen Klimaschutz, Bodenschutz, fehlende Notwendigkeitsnachweise, Fluglärm und Biodiversität sieht die Fraktion Die Linke keine **Grundlage für eine Zustimmung zu den vorliegenden Sitzungsvorlagen**. Wir fordern stattdessen eine **umfassende Bewertung des Gesamtprojektes Ostfeld unter Einbeziehung aller erforderlichen Gutachten und unter strenger Einhaltung der Kriterien der Nachhaltigkeit**, bevor über einzelne Teilschritte entschieden wird.

Stv. Maritzen nimmt gemäß § 25 HGO „Widerstreit der Interessen“ nicht an der Beratung und Abstimmung der beiden Vorlagen teil.

0028      25-V-61-0002

Änderung des Flächennutzungsplans für den Planbereich "Bundeskriminalamt" in den Ortsbezirken Erbenheim und Südost

Protokollnotiz Die Linke siehe oben

Bei Enthaltung FWG/Pro Auto angenommen

Stv. Maritzen (Die Linke) nimmt bei der Abstimmung nicht teil (§ 25 HGO)

Beschl. Nr.      Vorlagen Nr.      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

---

**0029      25-V-61-0003**

Bebauungsplan "Bundeskriminalamt" in den Ortsbezirken Erbenheim und Südost - Aufstellungsbeschluss -

Protokollnotiz Die Linke siehe oben

Bei Enthaltung FWG/Pro Auto angenommen  
Stv. Maritzen (Die Linke) nimmt bei der Abstimmung nicht teil (§ 25 HGO)

**0030      25-V-61-0004**

Wohnbauflächenentwicklung vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nansenstraße" im Ortsbezirk Biebrich - Aufstellungsbeschluss -

Protokollnotiz CDU:  
Die CDU-Fraktion stimmt der Sitzungsvorlage im Grundsatz zu. Der Beschlusspunkt 4 wird jedoch abgelehnt. Den aktuell geltenden hohen Quoten für geförderten Wohnungsbau stehen wir aus grundsätzlichen Erwägungen kritisch gegenüber."

Ziffer 4 gegen CDU angenommen, Rest einstimmig angenommen

### **Tagesordnung III - nicht öffentliche Vorlagen**

**0031      24-V-36-0027**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 28. November 2024

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 02.04.2025

**Vorsitzende**

**Schriftführer**

Konstanze Küpper

Ralf Morbe